

## Resolution

Die Studierenden der Universität Hannover sprechen sich weiterhin entschieden gegen jede Form von Studiengebühren aus.

Wir fordern deshalb:

1. Der Studentische Rat (StuRa) und der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) sollen vielfältigen Widerstand gegen die praktische Umsetzung der bereits beschlossenen Gebührenpläne organisieren. Im Mittelpunkt dieser Widerstandsanstrengungen soll eine Kampagne stehen, die die Studierenden zu einem organisierten Zahlungsboykott aufruft, um den politischen Druck sowohl auf die Landesregierung, als auch auf die Gebühreumsetzer in den entsprechenden Universitätsgremien zu erhöhen.
2. Die Fachschaften beteiligen sich künftig nicht mehr an Verteilungsdiskussionen, die auf Kalkulationen über Studiengebühreneinnahmen basieren. Sie unterstützen den Zahlungsboykott und mobilisieren für weiteren Widerstand innerhalb der Studierendenschaft. Vorstellungen über Verbesserungspotential in Lehre und Studierendensituation sollen als selbstverständliche studentische Forderungen formuliert werden. Studiengebühren als „Türöffner“ zur Erfüllung solcher Forderungen müssen jedoch scharf zurückgewiesen werden.
3. Der Senat muss unverzüglich jedwede Diskussion über die Verwendung von Studiengebühreneinnahmen beenden. Die ProfessorInnen müssen sich im gesamtgesellschaftlichen Interesse der Wissenschaft hinter den Protest der Studierenden stellen.
4. Das Präsidium muss sich gegenüber der Landesregierung eindeutig gegen die Erhebung von Studiengebühren aussprechen und sich mit den Studierenden solidarisieren.

## Begründung:

Studiengebühren sind wissenschaftsfeindlich und antidemokratisch. Sie degradieren Wissenschaft zu einer „Ware“, die vom „Dienstleister“ Universität zur Investition in die individuelle Karriere angeboten wird. Die gesellschaftliche Bedeutung von Bildung und Wissenschaft wird negiert und ein öffentliches Gut privatisiert. Ein gemeinschaftliches Lernen und Lehren von ProfessorInnen, Wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und Studierenden im Sinne einer Gruppenuniversität wird zu Gunsten eines Kunden-Anbieter-Verhältnisses aufgegeben. In diesem Sinne kann es nicht im Interesse der ProfessorInnen sein, von WissenschaftlerInnen zu reinen Dienstleistungsanbietern herabgesetzt zu werden.

Studiengebühren sind ein erster Schritt in den Gebührenstaat. Sie begünstigen die Pläne, Bildung zu einer privat organisierten und an Profitinteressen ausgerichteten Dienstleistung werden zu lassen. Der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung zurück. Anstatt gesamtgesellschaftliche Aufgaben solidarisch über das Steuersystem zu finanzieren, werden Risiken individualisiert, damit sich eine kleine Elite aus der Finanzierung des Allgemeinwohls zurückziehen kann.

Studiengebühren führen zu einer Verschärfung der ohnehin schon bestehenden Benachteiligung gegenüber sozial schlechter gestellten Bevölkerungsteilen. Sie errich-

ten zusätzliche Barrieren in einem ohnehin schon hochgradig selektiven Bildungssystem.

Eine grundsätzliche Ablehnung von Studiengebühren kann nicht mit der Diskussion über ihre Verteilung einhergehen. Zum einen erhält damit die Landesregierung eine zusätzliche Legitimation zur Einführung von Studiengebühren. Zum anderen könnte ein solches Vorgehen in der Öffentlichkeit als Akzeptanz von Gebühren interpretiert werden. Darüber hinaus führt die Beteiligung an Verteilungsdiskussionen einen Gebührenboykott ad absurdum. Wir wollen das Geld nicht verteilen, wir wollen es zurück!

Studiengebühren müssen verhindert werden! Dafür ist ein solidarischer Kampf aller Mitglieder der Universität notwendig!